



INSIDER

AUSGABE 30 · 6. NOVEMBER 2015

DIALOG MIT ANKARA INTENSIVIEREN



Von Jürgen Hardt, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dass die AKP die absolute Mehrheit der Stimmen gewinnen konnte, werten wir als Ausdruck des Wunsches der türkischen Bevölkerung nach Stabilität und Frieden in der Türkei. Für eine Verfassungsänderung, die die Stärkung der Rolle des Präsidenten zum Ziel hätte, bräuhete die AKP aber auch unter den jetzigen Mehrheitsverhältnissen die Unterstützung anderer Parteien. Die Gefahr einer übermäßigen Machtanhäufung mit-

tels einer Verfassungsänderung ist somit eher gering.

Mit dem Wahlausgang verbindet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Hoffnung, dass die neue türkische Regierung die derzeitigen Herausforderungen entschlossen angeht und dabei Bereitschaft zum Kompromiss zeigt. Das Land befindet sich in einer innenpolitisch schwierigen Situation. Dies hat zuletzt der verheerende Anschlag mit über 100 Toten in Ankara gezeigt. Unabhängig davon, wer für die Anschläge Verantwortung trägt, müssen die türkische Regierung und die Kurden am Friedensprozess festhalten. Nur wenn dieser mühsam aufgebaute Friedensprozess mit den Kurden weitergeführt wird, kann die ohnehin heikle Lage entschärft werden.

Unter den internationalen Partnern Deutschlands nimmt die Türkei eine besondere Rolle ein. Sie ist zentraler Akteur bei den Bemühungen um eine Befriedung des syrischen Bürgerkrieges, bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise und im Kampf gegen den internationalen Terrorismus in der Region. Deutschland wird den Dialog mit Ankara auf bilateraler, europäischer und internationaler Ebene vorantreiben und intensivieren

RUSSLAND: KOOPERATION STATT ISOLATION

Nach Berechnungen des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel und Dienstleistungen e. V. (BGA) werden die Ausfuhren der deutschen Wirtschaft schon diese Woche die Billionen-Euro-Grenze durchbrechen. Dennoch äußerte BGA-Präsident Anton Börner Sorgen, dass die deutsche Exportwirtschaft bei gleichzeitigem Wegfall wichtiger Märkte »immer abhängiger von den Ländern und Regionen wird, in denen das Geschäft noch gut läuft. Das macht uns anfällig für Schocks, gar zu leicht kann es eine Spirale nach unten geben.« Börner ist insbesondere um das Russland-Geschäft besorgt. Außerhalb der EU ist Russland seit Jahren der viertichtigste Markt für deutsche Exporteure. Die deutschen Ausfuhren nach Russland werden nach BGA-Einschätzung in diesem Jahr um rund ein Drittel auf 19 Milliarden Euro zurückgehen. Im Vergleich zu 2012

betrug das Exportvolumen 38 Milliarden Euro. »Wir erwarten von der Politik, dass sie sich um Krisen kümmert, bevor sie sich zu Tsunamis auswachsen«, so Börner. Auch der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Eckhard Cordes fordert die europäische Politik auf, »den Einstieg in den Ausstieg aus den Wirtschaftssanktionen recht bald zu beginnen«. Damit würde man einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung in ganz Osteuropa leisten. »Mit einer Isolierung Russlands werden in Europa viele Probleme nicht gelöst werden können«, so Cordes. Deutschlands Wirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel, SPD, hat sich beim Treffen mit Präsident Wladimir Putin Ende Oktober ebenfalls für den Erhalt der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen und eine schrittweise Aufhebung der Wirtschaftssanktionen ausgesprochen.

DEUTSCHE WOLLEN GRÜNEN STROM

Der aktuelle Energiereport Deutschland des Energieunternehmens Baywa r.e. hat ermittelt, dass 75 Prozent der Deutschen Strom aus erneuerbaren Energien wünschen. Jedoch beziehen fast 80 Prozent der Bürger noch konventionellen Strom. Von den Befragten wussten 60 Prozent nicht genau, woher ihr Strom eigentlich stammt. Bei der Frage nach den präferierten Energiequellen, landete die Solarenergie auf Platz 1 (77 Prozent), gefolgt von Wind und Wasserkraft. Erdgas findet bei

neun Prozent der Menschen Zustimmung, Atomkraft ist für fünf Prozent der Befragten akzeptabel. Schlusslicht bildete mit lediglich drei Prozent Kohle, die damit unbeliebter als Atomstrom ist. Laut Gutachten sei den Deutschen offensichtlich bewusst, dass eine nachhaltige Energieversorgung mit Kohlestrom nicht machbar sei und ein baldiges Ende der Kohleverstromung vorangetrieben werden sollte. Insgesamt glauben jedoch nur 58 Prozent der Befragten an das Gelingen der Energiewende.

WIRTSCHAFT · MITTELSTAND · FINANZEN

FLÜCHTLINGE TRAGEN BEREITS ZUM WOHLSTAND BEI

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schätzt ein, dass Flüchtlinge in Deutschland bereits nach wenigen Jahren zum Wohlstand Deutschlands beitragen werden. »Nach unseren Berechnungen erwirtschaftet ein Flüchtling nach fünf bis sieben Jahren mehr, als er den Staat kostet«, sagte Marcel Fratzscher, Präsident des DIW. Fratzscher bezeichnete die gesamte Diskussion um Flüchtlinge

in Deutschland als »schockierend«, da in erster Linie über angeblich anstehende Steuererhöhungen und weitere Zahlungen gesprochen werde, die im Zusammenhang mit Flüchtlingen stünden. Richtiger sei jedoch, dass Flüchtlinge in der Perspektive Einkommen schaffen, Unternehmenserträge steigern und die Produktivität von Firmen erhöhen. Davon würden dann auch die deutschen Kollegen profitieren.

FÜNF MILLIARDEN EURO SCHADEN IM EINZELHANDEL

2014 sind dem deutschen Einzelhandel Schäden durch Diebstähle und fehlerhafte Abrechnungen in Höhe von fünf Milliarden Euro entstanden. Das wären 1,1 Prozent des Gesamtumsatzes. Zu diesem Ergebnis kommt das »Globale Diebstahlbarometer 2014/2015« der Forscher vom The Smart Cube Marktforschungsunternehmen aus London. Dabei gehen 65 Prozent des Warenschwunds auf Diebstähle zurück, 19 Prozent auf administrative Fehler, 11 Pro-

zent verursachen unehrliche Mitarbeiter und Hersteller sowie Lieferanten sind für 5 Prozent des Warenschwunds verantwortlich.

Ausgaben die der Handel in Anti-Diebstahlmaßnahmen investiert liegen bei 1,31 Prozent des Gesamtumsatzes. Diese Kosten werden häufig auf den Endkunden umlegt und sorgen dafür, dass rechnerisch jeder Haushalt im Jahr eine Art »Diebstahl-Steuer« in Höhe von 224 Euro zahlt.

DEUTSCHER AUTOMARKT WÄCHST

Das Kraftfahrt-Bundesamt teilte am Dienstag mit, dass die Pkw-Neuzulassungen im Oktober um 1,1 Prozent gestiegen sind und damit bei 278.373 Fahrzeugen lag. Der deutsche Automarkt wuchs erneut und konnte so in den ersten zehn Monaten dieses Jahres ein Plus von 5,1 Prozent verbuchen. Das waren 2,7 Millionen Autos. Die Zahl der neuzugelassenen Fahrzeuge mit Dieselmotor stieg sogar um knapp sechs

Prozent. Als einziger deutscher Autobauer musste der Volkswagenkonzern ein Minus um 0,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat verzeichnen. Ursächlich dürfte der aktuelle Skandal um Manipulationen bei den Abgasanlagen der VW-Diesel-Fahrzeuge sein.

Auch im Export gab es ein Wachstum: im Vergleich zum Vorjahresmonat wurden elf Prozent mehr Autos ins Ausland verkauft.

DEUTSCHER MITTELSTAND BLEIBT GELASSEN

Laut KfW-ifo-Mittelstandsbarometer bleibt das Geschäftsklima bei kleinen und mittleren Unternehmen im Oktober robust. Es stieg um 0,5 auf 17,7 Saldenpunkte und erreicht damit das Niveau vom August. Gegenüber dem Vormonat September wird die aktuelle Geschäftslage mit 26,1 Saldenpunkten damit um 0,8 Zähler besser eingeschätzt. Die Geschäftserwartungen stiegen ebenfalls wieder an. Haupttreiber für die Konjunktur bleibt laut KfW der Binnenkonsum. Besonders

im mittelständischen Einzelhandel herrsche so gute Stimmung wie zuletzt vor 25 Jahren beim Wiedervereinigungsboom. Gründe hierfür sind ein stabiler Arbeitsmarkt und steigende Nominallöhne bei geringer Inflationsrate, was zur Folge hat, dass die Deutschen mehr Geld ausgeben. Ein positiver Impuls käme auch durch den Flüchtlingszustrom, weshalb insbesondere Umsätze vieler Mittelständler durch kommunale Mehrausgaben zur Unterbringung und Versorgung steigen.

PERSONALIEN

WECHSEL BEI DER SPD: ASMUSSEN, FAHIMI, BARLEY

Bei der SPD gibt es mehrere Personaländerungen: Jörg Asmussen, bisher Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales wechselt zur staatlichen Förderbank KfW. Die bisherige SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi ersetzt Asmussen als Staatssekretär. Als neue SPD-Generalsekretärin will sich Katarina Barley, bislang Bundestagsabgeordnete der SPD, beim nächsten Parteitag wählen lassen.

BLESSING VERLÄSST COMMERZBANK

Trotz eines neuen Angebots wird sich der derzeitige Vorstandsvorsitzende der Commerzbank, Martin Blessing, im kommenden Jahr zurückziehen. Wer seine Nachfolge im Oktober 2016 antreten wird und welche Zukunftspläne Blessing hat, blieb zunächst unbekannt.

MAIER NEUER CEO BEI SKODA

Seit 1. November ist Bernhard Maier, 55, neuer Vorstandsvorsitzender bei SKODA. Er folgt auf Prof. Dr. Winfried Vahland, der den Konzern auf eigenen Wunsch verlässt. Bislang war er Vorstand für Vertrieb und Marketing der Porsche AG und konnte in dieser Funktion Markenwert und Kundenzufriedenheit deutlich steigern.

GÖRTZ MIT NEUEM GESCHÄFTSFÜHRER

Frank Revermann, 46, ist ab 16. November neuer Geschäftsführer des Hamburger Schuh-Filialisten Ludwig Görtz. Er übernimmt die Bereiche Vertrieb, Marketing, E-Commerce und Expansion. Revermann war zuletzt Geschäftsführer des Modeunternehmens Bonita. Der bisherige Geschäftsführer von Görtz, Thorsten Hermelink, verlässt das Unternehmen und übernimmt ab Januar den Vorstandsvorsitz bei der Hamburger Weinhandels Kontor Holding AG.

AUS DEN BOTSCHAFTEN

»EUROPA ANDERS DENKEN: PORTUGAL«

Gesprächsveranstaltung der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa, unter anderem mit dem portugiesischen Botschafter, S.E. João Mira Gomes. 10.11., 18.30 Uhr, Botschaft der Portugiesischen Republik, Riemeisterstraße 21, Berlin (Anmeldung erforderlich).

WORTE DER WOCHE

»Die illegalen Grenzübertritte werden rapide ansteigen. Die Bundespolizei hat dann nicht nur die Transitzonen zu bewältigen, sondern muss verstärkt die grüne Grenze nach Schleusern und Illegalen absuchen.«

Jörg Radek, Vize-Chef der Gewerkschaft der Polizei, hält ebenfalls nicht viel von so genannten Transitzonen an der deutschen Grenze.

»Die Situation ist beschissen. Und man muss für die Situation einen Verantwortlichen benennen. Das ist in Deutschland nun mal Angela Merkel.«

Eine Frau bei der Mitgliederversammlung der Frauenunion in Leverkusen.

»Diese Krise ist ein humanitärer Imperativ.«

Der Chef des Bundeskanzleramts, Peter Altmaier, CDU.

»Man wird es also offenbar nicht Transitzone nennen, man wird das Wort Haftanstalten vermeiden, man wird gewisse Begrüßungszentren an der Grenze machen, die vielleicht verfassungsrechtlich gerade noch haltbar sind.«

Die Journalistin Bettina Gaus glaubt, dass es zur Einrichtung von Transitzonen kommen wird, unter welcher Bezeichnung auch immer.

»Ich hätte Herrn Winterkorn von Herzen einen anderen Abschied gegönnt.«

Stephan Weil, SPD, Ministerpräsident von Niedersachsen und VW-Aufsichtsrat.

»Ich glaube nicht, dass ›made in Germany‹ durch das, was bei VW passiert ist und was in der Tat man nicht auf die leichte Schulter nehmen kann, einen Kratzer bekommen hat.«

Angela Merkel, Bundeskanzlerin, CDU.

»Wir haben jetzt relativ viel Unsicherheit für viele Unternehmen.«

Kanzlerin Angela Merkel, CDU, zur aktuellen Diskussion über den Datenaustausch zwischen Europa und den USA.

»Der Übergang in der Regierung von Ahmadinedschad zu Ruhani hat einiges bewirkt. [...] Niemand sollte das Potenzial unterschätzen. Wir glauben, dass allein in den nächsten drei Jahren das Exportvolumen um einen Wert von zwei Milliarden Euro zulegen könnte.«

Ludovic Subran, Chefökonom des Kreditversicherers Euler Hermes.

»Wir schicken keine US-Truppen an die Front, die sich Feuergefechte mit dem Islamischen Staat liefern.«

US-Präsident Barack Obama.

TERMINE

10.11. BERLINER REPUBLIK ZUR INDUSTRIE 4.0

Diskussionsveranstaltung der Zeitschrift Berliner Republik zum Thema »Industrie 4.0«, unter anderem mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Hubertus Heil. 18 Uhr (Anmeldung erforderlich, Ort wird noch bekannt gegeben).

11.11. CEP ZUM ZEHNJÄHRIGEN BESTEHEN

Festvortrag und Empfang des Centrum für Europäische Politik (cep) und der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) zum Thema »10 Jahre cep«, unter anderem mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und dem ehemaligen Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank, Prof. Jürgen Stark. 19 Uhr. European School of Management and Technology, Schlossplatz 1, Berlin (Anmeldung erforderlich).

26.11. UNTERNEHMERREISE NACH MINSK

Unternehmerreise des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft nach Minsk. Neben einem Treffen im Wirtschaftsministerium und Außenministerium sind Treffen mit Vertretern der Branchenministerien vorgesehen. Es besteht zusätzlich die Möglichkeit einer Teilnahme am 4. Deutsch-Belarussischen Energieforum am 25.11. in Minsk sowie am Minsk Forum XIV, 24. - 25.11.2015, darunter vor allem am Wirtschaftspanel.

KOMMENTAR

DREI GEDANKEN ZUM WOCHENENDE

Von Heino Wiese

Der falsche Zwanziger

Der falsche Zwanziger ist die Währung, mit der im Moment bei DFB und FIFA gearbeitet wird. Gegenseitige Verunglimpfungen und Unterstellungen sind an der Tagesordnung. Und an der Spitze derjenigen, die mit Schmutz werfen, ist Theo Zwanziger. Dabei ist klar, dass er selbst als Schatzmeister und Vorsitzender des DFB, als Vizepräsident für Finanzen des Organisations-Komitees der WM 2006 und als Mitglied des FIFA-Exekutivkomitees viele unsaubere Machenschaften mit zu verantworten hat. Dass er jetzt andere beschuldigt und sich selbst heraushält, ist an Verlogenheit kaum zu übertreffen. Außerdem ist klar, dass er bei Amtsantritt als DFB-Präsident schon von seinem Busenfreund Helmut Kohl wusste, dass man schon ein bisschen Bimbos braucht, wenn man eine WM im eigenen Land erfolgreich gestalten will.

Seehofer hat's gewusst: »Sigmar ist schuld!«

Eines sollte SPD-Chef Sigmar Gabriel endgültig gelernt haben, dass man sich nicht mit Frau Merkel und Herrn Seehofer im Kanzleramt trifft, um ein Problem zu lösen. Da ist von vorn herein die Buhmann-Frage geklärt, denn da geht man als loyaler Unterstützer der Kanzlerin hinein und als Störenfried der Koalition wieder hinaus. Und Frau Merkel und Herr Seehofer liegen sich wieder in den Armen. Die FDP ist schon an dieser Strategie von CDU/CSU gescheitert. In Zukunft sollte sich Herr Gabriel nur noch allein mit Frau Merkel treffen, wenn die Union ihre Meinungsbildung abgeschlossen hat und auf Zusammenkünfte mit dem bayrischen Brunnenvergifter verzichtet.

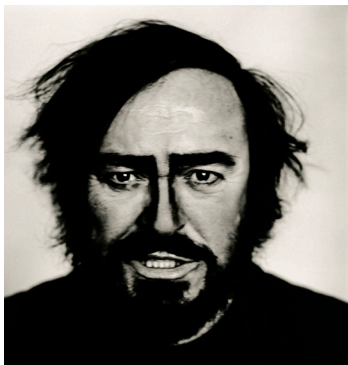
Bin ich jetzt ein Betrüger?

Die Medien schreien Verrat! VW hat viel niedrigeren Verbrauch seiner Autos angegeben, als diese wirklich verbrauchen. Damit hat augenscheinlich keiner dieser Kommentatoren gerechnet. Aber ehrlich, ich wusste das schon immer. Ich habe in meinem Leben schon über 20 Autos gehabt und alle haben im Schnitt zwei Liter mehr verbraucht, als die Herstellerangabe (egal welcher Hersteller!) versprach. Ich habe also viel mehr CO₂ ausgestoßen, als ich durfte. Und das wusste ich auch. Habe ich mich jetzt strafbar gemacht?

Auf amerikanische Spritfresser habe ich aus guten Gründen verzichtet, vielleicht, weil diese bezüglich ihres unerschämten Verbrauchs gar nicht mehr mogeln müssen. Frei nach dem Motto: Ist der Ruf erst ruiniert, stinkt's sich gänzlich ungeniert.

BUNTES AUS BERLIN

ANTON CORBIJN - RETROSPEKTIVE



© Anton Corbijn | Luciano Pavarotti, Turin 1996, c/o Berlin, Anton Corbijn - Retrospektive.

Das c/o Berlin präsentiert die Retrospektive des niederländischen Fotografen und Regisseurs Anton Corbijn. Seit vier Jahrzehnten fotografiert Corbijn Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und das rein analog. Die Ausstellung zeichnet seine Entwicklung vom Autodidakten bis zu einem der einflussreichsten Fotografen weltweit nach. Die Retrospektive besteht aus zwei Teilen: »Hollands Deep« und »1-2-3-4«. Ersteres zeigt Bilder seines Gesamtwerks der vergangenen 40 Jahre, letzteres fokussiert sich auf seine Arbeiten aus der Musikwelt.

7. November bis 31. Januar 2016. c/o Berlin, Amerika Haus, Hardenbergstraße 22-24, Berlin.

Gugl-Hupf 

DIGITALER BERLIN-STADTPLAN FÜR GEFLÜCHTETE

Unter dem Namen »n« haben Flüchtlinge eine Online-Stadtkarte von Berlin für Flüchtlinge auf Englisch, Farsi und Arabisch erstellt. Auf ihr können sich Neuankömmlinge darüber informieren, wo sich Ärzte befinden, wo sie Internetzugang erhalten oder auch, wo kostenlose Deutschkurse angeboten werden. Link: <http://bit.ly/1HmZvne>

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-IdNr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Jenny Bogitzky
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. – Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Jenny Bogitzky, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de